
Torsten Bultmann

Elite – Begabung – Exzellenz

Zur aktuellen Konjunktur einer anti-egalitaristischen Bildungspolitik

Mittlerweile hat sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt, dass in regelmäßigen Abständen »Eliteuniversitäten« politisch ausgerufen werden, die das deutsche Hochschulsystem als Typus traditionell nicht kennt. De facto handelt es sich dabei um ein Bund-Länder-Programm zur Sonderförderung von Spitzenforschung, dessen amtliche Bezeichnung »Exzellenzinitiative« ist. Als diese im Jahre 2004 politisch eingefädelt wurde (Bultmann 2004), galt die ausdrückliche Bezugnahme auf das Konzept »Elite« in der Öffentlichkeit noch als heftig umstritten. Zwischenzeitlich hat sich in den Medien des Mainstreams völlig un widersprochen der Begriff »Eliteuniversitäten« als selbstverständliche und affirmative Bezeichnung durchgesetzt. Das ist eine politisch beachtliche Diskursverschiebung. Hinter dieser verbirgt sich eine bereits seit längerem wirksame offensive politische Legitimationsstrategie für gesellschaftliche *Ungleichheit*, mit der auch die Zuteilung ungleicher Bildungschancen gerechtfertigt wird.

Wer sich damit auseinandersetzen will, kommt ohne das begriffliche Instrumentarium der Kritischen Psychologie kaum aus. Diese bemüht sich – soweit es der Autor dieses Textes als interessierter Laie wahrnimmt – seit ihrer Entstehung darum, die gesellschaftlich produzierten – und ideologisch gerechtfertigten – Schranken für gleiche Entwicklungschancen aller Menschen zu analysieren, zu benennen und damit einen Beitrag zu ihrer politischen Aufhebung zu leisten. Gerade in der Pädagogik und in der Bildungspolitik leistete die Kritische Psychologie einen messbaren Beitrag dazu, Konzepte zu bekämpfen, die Ungleichheit *naturalisieren*, in dem sie gesellschaftliche Beschränkungen von Bildungschancen auf ungleiche invariante »Eigenschaften« und »Begabungen« von Individuen zurückführen. Letzteres markiert exakt den Punkt, an dem semi-wissenschaftliche Konzepte sich mit dem »gesunden Menschenverstand« und dem »Stammtisch« verbünden und gerade auf diese Weise politisch wirksam sind.¹

1 Darauf führe ich auch die aktuell wachsende gesellschaftliche Akzeptanz des Konzeptes »Elite« zurück.

Ziel dieser kritischen Intervention war nie ein gewünschter Zustand *formaler* Gleichheit. Es ging vielmehr »um die Beseitigung *struktureller* Ungleichheit bzw. um die Bedingungen dafür, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten nicht durch jene strukturellen Benachteiligungen behindert werden, die der Elitediskurs naturalisiert.« (Markard 2005, 8). Diese Beseitigung ist eine Voraussetzung für gleichberechtigte Vielfalt (ebd.).² Es ist kein Zufall, dass namentlich Morus Markard angesichts der Renaissance des Elitenmotivs in der Wissenschaftspolitik ab dem Jahre 2004 einer der am häufigsten angefragten politisch-wissenschaftlichen Diskutanten auf Kongressen und Veranstaltungen war, welche das politische Ziel einer Dekonstruktion dieses bildungspolitischen Ansatzes verfolgten.

Der vorliegende Beitrag möchte diese Debatte fortsetzen. Zum einen geht es mir um eine schärfere Identifikation der wiederkehrenden Momente des Elitenmotivs als Begründungsmuster für Herrschaft und soziale Ungleichheit. Zum zweiten möchte ich auch die Momente des *Neuen* im aktuellen angestrebten Paradigmenwechsel der deutschen Wissenschaftspolitik beleuchten, die sich m. E. nicht auf jene wiederkehrenden Momente reduzieren lassen. Ich sehe darin auch den Versuch einer Strategie für Herrschaftssicherung in der nach-fordistischen hochtechnologisch basierten Produktionsweise (»Wissensgesellschaft«). Diese Strategie kann gelingen oder scheitern. Zu Letzterem möchte ich gerne einen Beitrag leisten.

Das Elitenkonzept als politische Reaktion

Es ist schon häufig angemerkt worden, dass die Beschwörung von Eliten in einem politisch operativen Sinne in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft relativ spät auftritt; schließlich wird damit das Gleichheitsversprechen der ursprünglichen bürgerlichen Revolutionen dementiert. In Deutschland findet dies etwa im späten 19. Jahrhundert statt. Der Bezug auf Eliten als vermeintlich naturwüchsig zur Herrschaft erkorene soziale Minorität geht einher mit der aktiven »Entnennung« der Klassenfrage (Markard 2005, 6). Dies setzt ein gewisses Niveau in der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen, insbesondere in der Politisierung der Arbeitsklasse voraus. Das Bürgertum kann sich vor diesem Hintergrund nicht mehr mit einem auf die *gesamte* Gesellschaft bezogenen Leistungsbegriff rechtfertigen. Dies fördert Bestrebungen, die die politisch benennbaren Ungleich-

2 Gerade diesen letzten Aspekt offensiv zu wenden, hat die hochschulpolitische Linke m. E. in den letzten Jahren vernachlässigt. Den Verfechtern der »Exzellenzinitiative« gelang es, sich öffentlich als Anwälte von »Differenzierung« und »Leistung« zu verkaufen, während die Linke in der Haupttendenz die bürokratische Egalität des traditionellen Hochschulsystems im Sinne einer langweiligen Status-Quo-Politik zu verteidigen schien.

heits- und Machtverhältnisse zu *personalisieren* trachten und damit politisch unsichtbar machen: »Herrschaft als gesellschaftliches Strukturmoment verschwindet in unterschiedlichen *Eigenschaften* von Menschen.« (Ebd.) Eine soziale Elite rechtfertigt sich so durch ihre besonderen Fähigkeiten, ihre »Hochbegabung« bzw. ihre naturbedingte »Auserwähltheit«. Dem derartig politisierten Elitenmotiv³ haftet von vornherein der Widerspruch an, sich einerseits auf quasi-naturhafte Voraussetzungen zu berufen, die es andererseits politisch und institutionell erst herstellen will. Das setzt aber gerade voraus, dass eine Art Gleichgewicht der Reproduktion von Macht bereits in einem erheblichen Maße politisch gestört ist: etwa durch das Drängen der sozialen Massen nach Gleichheit und Bildung. Paradox formuliert: in jeder Form von Elitenpolitik gilt es, gerade die Momente von sozialer *Emanzipation* zu identifizieren, welche verhindert werden sollen. Diese Identifikation ist Voraussetzung dafür, dass sich der Spieß auch umdrehen lässt.

Elitenpolitik ist somit *Reaktion* auf der ganzen Linie: im politisch wertenden Sinne von »reaktionär« und auch ganz buchstäblich. Sie ereignet sich nicht aus selbstbewusster Machtvollkommenheit, sondern dient der Abwehr politischer Ansprüche »von unten«. Damit ist diese Praxis typischer Ausdruck der für die deutsche bürgerliche Tradition prägenden »defensiven Modernisierung« (Bollenbeck 1994, 156), die sich auch als merkwürdige Balance von Teilzugeständnissen an breitere gesellschaftliche Schichten und speziellen institutionellen Maßnahmen der Privilegiensicherung beschreiben lässt.

Dieses Muster prägt insbesondere die deutsche Bildungspolitik – streng genommen bis heute. Bereits im späten 19. Jahrhundert erforderte etwa die industriell-technische Entwicklungsdynamik eine Steigerung des gesellschaftlichen Bildungspotenzials. Diese Bildungsexpansion wurde auf besondere Schulzweige des »mittleren« Niveaus (Realbereich) kanalisiert; zeitgleich wurde die Sonderstellung des (damals) altsprachlichen Gymnasiums gefestigt, welches im Wechselspiel mit den Universitäten vor allen Dingen die Ausbildung für den höheren Staatsdienst zu gewährleisten hatte (von Friedeburg 1989, 197f).

Solange dieses Muster relativ stabil blieb, gab es bis in die jüngere Vergangenheit weder spezielle »Eliteuniversitäten« noch politisch inszenierte »Elitendebatten«. Die fünf Prozent eines Altersjahrganges, die etwa in den 1950er Jahren an westdeutschen Universitäten ausgebildet wurden, *waren* die Elite – ohne jeglichen Legitimationsaufwand. In zyklischen Abständen auftretende, kampagnenpolitisch inszenierte Debatten um »Elitenförderung«, die es in diesem Sinne erst seit den

3 Ich beziehe mich dabei auf entsprechende Praxen und Legitimationsmuster, auch unabhängig davon, ob diese explizit mit dem Elitenbegriff hantieren oder nicht.

1970er Jahren gibt, sind daher typisches Begleitmoment von Bildungsexpansion und Hochschulausbau. Gezielt wird damit auf die ideologische Dekonstruktion von bildungspolitischen Leitbegriffen wie »Chancengleichheit«, »Bildung für alle« oder »soziale Öffnung der Hochschulen«, welche in der öffentlichen Meinung mehrheitlich positiv besetzt waren. Alle derartigen Kampagnen transportieren bis heute die Behauptung eines sich ausschließenden Gegensatzes zwischen »Gleichheit« und »Leistung«. Auf einen Nenner gebracht bringen Pro-Eliten-Kampagnen den Widerstand konservativer Kreise gegen die gesellschaftliche Öffnung der Hochschulen und die damit verbundene Politisierung des Hochschulsystems zum Ausdruck (Bultmann 2004, 16).

In der Regel endeten diese Kampagnen wie das Hornberger Schießen. Dass die synthetische Konstruktion von »Eliteuniversitäten« auf einmal als durchsetzbar erscheint, erforderte andere und zusätzliche Voraussetzungen. Eine Art Vorgesmack dafür war 1997 die Rede des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl anlässlich einer Preisverleihung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG): »Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren eine törichte Diskussion um den Elitenbegriff geleistet. Das hat uns geschadet. Wir stehen in weltwirtschaftlicher Konkurrenz mit Ländern, die gezielt eigene Eliten fördern, um sich im globalen Wettbewerb besser behaupten zu können. Wir brauchen in Deutschland mehr denn je ein klares Ja zu Eliten.«⁴ Diese Zielstellung konnte den Hochschulen freilich nicht von außen angedient werden. Durchsetzbar war dieses Ja erst in dem Maße wie der »Wettbewerb« zum zentralen Leitmotiv der inneren Hochschulreform wurde.

Von der Überlast zum Effizienzproblem

Mitte der 1970er Jahre wurde bekanntlich die Finanzierung der Hochschulen trotz weiter steigender Studierendenzahlen eingefroren. Die Hochschulausbauphase wurde definitiv für beendet erklärt. Die politische Form der Beendigung war der berühmte »Doppelbeschluss« (auch: »Öffnungsbeschluss«) der Ministerpräsidenten, Kultus- und Finanzminister aus dem Jahre 1977, die Hochschulen für alle Studierenden grundsätzlich weiter offen zu halten, aber ihre Finanzierung auf dem damaligen Niveau einzufrieren. Infolge dieses »Öffnungsbeschlusses« war im Verlauf der 1980er Jahre die »Bewältigung der Überlast« das zentrale hochschulpolitische Thema. Bei diesem Thema wurde immerhin noch versucht, legitimationspolitisch zwei Dinge in eine Balance zu bringen: knappe Staatsfinanzen *und* weiter ansteigenden

4 Zitiert nach: *Forschung & Lehre* 4/1997, 174.

Hochschulzugang, an dessen sozialer Berechtigung (ohne zusätzliche Voraussetzung) noch niemand zu rütteln wagte.

In den 1990er-Jahren tritt die Überlastproblematik zunehmend in den Hintergrund. Die bestimmenden hochschulpolitischen Akteure verlagern ihre Initiativen, teils freiwillig, teils durch staatlichen Druck, von der – zuweilen noch rhetorisch oder rituell vorgetragenen – Forderung nach »mehr Geld« bzw. einer auslastungsgerechten Finanzierung auf den anderen »Weg zur Optimierung der bereitgestellten Ressourcen«, welcher »über die Einführung von Elementen des Wettbewerbs in das Hochschulsystem« führt (HRK 1996, 25f). Die aus fehlenden materiellen Ressourcen resultierenden Schwierigkeiten werden so auf ein vermeintlich internes Reformdefizit der Hochschulen verschoben. Das Überlastproblem verwandelt sich in ein »Effizienzproblem«. Dadurch entsteht ein spezifischer Blickwinkel, der das Bemühen um eine »effizientere« Verwendung der knappen staatlichen Mittel mit der Erschließung neuer privater Finanzierungsquellen (industrielle Drittmittel, Studiengebühren) verbindet. Aus der Anforderung heraus, knappe Ressourcen mit einer wachsenden gesellschaftlichen Nachfrage – sei es nach Studienplätzen, sei es nach Forschungsfinanzen – in ein Verhältnis zu bringen, werden Markt und Wettbewerb zunehmend als adäquate Mechanismen zur Steuerung wissenschaftlicher und pädagogischer Abläufe akzeptiert. Dies schließt die Akzeptanz einer ungleichen Konzentration knapper Mittel in der Bandbreite zwischen »Elite« und »Masse« in sich ein, weil dies hochschulpolitischen Akteuren als zielgerechte Verkoppelung von »Auswahlentscheidung« und Finanzinvestition erscheint.

Die zunehmende Akzeptanz von Wettbewerbsmechanismen produziert so in deren immanenter Logik auch einen selektiven Blickwinkel auf die zu bildenden Subjekte. Der Markt ist per se selektiv. Wenn etwa Bildungskosten bzw. die Finanzierung von Studienplätzen als »Investition« umdefiniert werden, die, wie jede andere Investition, von einer Spekulation auf zu erwartende Leistungen und Erträge geprägt ist, erhöht sich der Druck auf eine präzisere »Kalkulation« dieser Ausgaben. Gleichzeitig wird der Schluss vom Umfang der Investition auf das Niveau der zu erwartenden »Leistung« nahe gelegt und so dem Motiv der Extra- und Sonderförderung von (Eliten-)Höchstleistungen der Boden bereitet.

Die Folge ist, dass sich der Übergang zu derartigen Formen betriebswirtschaftlicher Kostenkalkulation als Druck auswirkt *erstens* in Richtung einer stärkeren formalen Leistungskontrolle (Prüfungsverschärfungen, »strengere« Noten) und – noch wichtiger – *zweitens* in Richtung einer selektiven individuellen Differenzierung dieser Kosten nach Maßstäben möglichst frühzeitiger persönlich zugeschnittener Leistungsfähigkeitsprognosen. Entsprechend verschiebt sich der pädagogische Schwerpunkt: an die Stelle einer (potenziellen) emanzipatorisch orientierten Förderung von Entwicklungschancen und Handlungsmöglichkeiten tritt eine

klassifikatorische Diagnostik invarianter »Eigenschaften« und »Anlagen« (Markard 1998, 38). Insbesondere die zunehmende Übertragung des Rechtes aus Studienplatzvergabe an die Hochschulen hat einen Boom an »Eignungsprognostik« erzeugt (kritisch dazu: Bultmann 2007, Lux 2007).

Alles, was heute mit der politischen Absicht von »begabungsgerechter« Bildungssteuerung oder »Elitenförderung« – kurz: dem konservativen Uraltprogramm – auftritt, hüllt sich in den Anschein gänzlicher Ideologiefreiheit und vermeidet tunlichst eine explizite Debatte über menschliche »Ungleichheit«. Man verbirgt sich hinter technisch neutralisierten Leistungsindikatoren, die vor allem dem Standard betriebswirtschaftlicher Zähl- und Messbarkeit entsprechen. Gerade durch die zunehmende Durchsetzung einer betriebswirtschaftlich verkürzten Bildungsökonomie jedoch schleicht sich quasi »von hintenherum« implizit eine naturalisierende Pädagogik wieder ein. Diese bildungsökonomische Wende bildet den entscheidenden Humus für die politische Durchsetzbarkeit des Motivs »Elitenförderung«.

Matthäus-Prinzip und Pygmalion-Effekt: die Exzellenzinitiative

De facto beruht die Exzellenzinitiative auf einem Bund-Länder-Kompromiss zwischen SPD und CDU/CSU. Besagte Bund-Länder-Vereinbarung vom 18.7.2005 beinhaltet zusätzliche Forschungsmittel von 1,9 Mrd. Euro verteilt auf die Jahre 2006–11. Bewerbungen können für drei Förderprogramme abgegeben werden. Für das finanziell lukrativste dritte, für welches man sich mit »Zukunftskonzepten« eines auf die gesamte Universität bezogenen Spitzenforschungsprogramms bewerben kann, winkt das Prädikat »Eliteuniversität«. Für eine solche stehen dann durchschnittliche Zusatzmittel von 21 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung, die ausschließlich in besagte Forschung fließen. Eine immer wieder auftauchende Schlüsselsentenz der politischen Vereinbarung ist die Forderung, die deutschen Hochschulen müssten international »sichtbarer« werden (BLK Juli 2005). Dem liegt die stillschweigende Prämisse zugrunde, man könne nicht mit 350 deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb antreten, sondern höchstens mit einer Hand voll. Bereits einen Monat vorher wurde zwischen Bund und Ländern im so genannten »Pakt für Forschung und Innovation« vereinbart, die künftige öffentliche Forschungsförderung stärker auf »Exzellenz« zu konzentrieren (BLK Juni 2005).

Damit erweist sich die Exzellenzinitiative im Wesentlichen als eine *politische* Entscheidung, finanzielle Zuwächse nur noch selektiv auf wenige Hochschulen zu konzentrieren. Die ganze ideologische Diskurspolitik der Folgezeit kreist um das Problem, diese politisch absichtsvolle Weichenstellung für ein Zwei-Klassen-Hoch-

schulsystem als bloßen Ausdruck einer quasi *naturwüchsigen* Gegebenheit erscheinen zu lassen. Dabei wurde mit der alltagstheoretischen Selbstverständlichkeit unterschiedlicher »Leistungsfähigkeit« argumentiert. Kritiker äußerten hingegen die begründete Befürchtung, durch eine derartige hierarchische Differenzierung würde die soziale Selektivität *innerhalb* des Hochschulsystems noch einmal verstärkt, zweitens würde durch diese Art von »Elitenförderung« eine seit langem anhaltende Verteilung nach dem biblischen Matthäus-Prinzip⁵ noch einmal forciert (Hartmann 2004). Das heißt aber nichts anderes, als dass die »Leistungsabstände«, mit denen das offizielle Programm argumentiert, selber zuvor materiell produziert wurden, wodurch diese Argumentation tautologisch wird.

Um dies zu belegen, muss gar nicht spekuliert werden, es reicht ein Blick in die offizielle Statistik. Die DFG ist bekanntlich die größte deutsche Forschungsförderorganisation, die auf Antrag und mit »fachlicher« Begutachtung öffentliche Mittel an die Hochschulen verteilt. Knapp 60 Prozent aller DFG-Mittel konzentrieren sich aber auf nur 20 Universitäten. DFG-Förderung gilt zugleich als Basisindikator für Forschungsqualität insgesamt. Auf diese Weise wird ein Effekt produziert, den die DFG selbst als »korrelativ« bezeichnet: je mehr DFG-Mittel eine Hochschule erhält, umso größer auch ihr Zuwachs an zusätzlichen Drittmitteln aus anderen, überwiegend privaten Quellen, umso höher ihr Anteil an Stiftungslehrstühlen industrieller Sponsoren etc. (vgl. DFG 2007, 118–123). Dieser sich selbst verstärkende kumulative Effekt finanzieller Zuwächse kann durchaus als Matthäus-Prinzip bezeichnet werden. So nimmt es auch nicht wunder, dass nur jene Top-20-Hochschulen des DFG-Rankings die Exzellenzinitiative unter sich ausfochten.

Gleichzeitig finden wir hier das vor, was Klaus Holzkamp in Bezug auf das Schulsystem als »bildungspolitisch induzierten Pygmalioneffekt« (Holzkamp 1992, 17) kritisiert: ein zuvor produzierter Leistungsabstand zwischen Normal- und Hochleistern wird wiederum als »Begründung für die Auslese und gesonderte Förderung von Hochbegabten« herangezogen. Der Effekt ist der einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, »durch die man Ressourcen an gesellschaftlich nutzbaren Leistungsmöglichkeiten nicht – wie beabsichtigt – fördert, sondern im Gegenteil durch die Vernachlässigung und Entmutigung der Nichtausgewählten unterdrückt und verschleudert« (ebd.).

5 »Wer da hat, dem wird gegeben werden, [...] wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat.« (Mt 25, 29)

»Exzellenz« als technokratische Ideologie des Postfordismus

In seiner Kritik der Exzellenzinitiative macht der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann auf einen Aspekt aufmerksam, der in der öffentlichen Debatte bisher weitgehend untergegangen ist: »Das elaborierte Wissen einer Gesellschaft aber programmatisch auf eine auserlesene Schar – nichts anderes meint Elite – zu beschränken, ist schlichtweg vormodern und drängt den Wissenschaftler in die Rolle des Priesters.« (2006, 17) Damit wird in der Tat eine kritiklose Wissenschafts- und Expertengläubigkeit bedient, die in den letzten Jahren gesellschaftlich zugenommen hat. Dies verdeutlicht etwa die Rolle von Expertenkommissionen (Hartz, Rürup) bei den einschneidenden »Sozialreformen« der letzten Jahre. Die Bezugnahme auf deren Expertise ersetzte tendenziell politische Aushandlungsprozesse und Begründungspflichten. Resultat ist die Entpolitisierung gesellschaftlicher Interessengegensätze. Frank Fischer und Alan Mandell belegen, dass dieses Hantieren mit »Wissenschaftlichkeit« und »Exzellenz« bereits seit den späten 1980er Jahren die US-amerikanische Debatte zur Reorganisation des Bildungs- und Erziehungssystems prägte und die dortigen »herrschenden Eliten (sich) um ein spezifisches programmatisches Konzept einer technokratischen postindustriellen Gesellschaft« sammelten. (Fischer u. Mandell 1994, 129) Dieses Konzept ist mit Zukunftsvisionen verbunden, welche etwa die »Lösung« offener sozialer, politischer oder ökologischer Konflikte an »die Wissenschaft« delegieren und damit die Fragestellung einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen und Verteilungsverhältnisse ausblenden. Dieser Ansatz »verlangt nach der Etablierung eines eher wissenschaftlich organisierten Regierungssystems, das die Demontage des traditionellen pluralistischen Systems der Interessengruppenpolitik erfordert. Die Interessengruppen selbst werden als das hauptsächliche Hindernis gesehen, um die technokratische Koordination zu erreichen« (130). Auf diese Weise wird – ausdrücklich unpolitisch aufgefasste – »Professionalität« zu einer zentralen organisierenden und integrierenden Ideologie (131).⁶

Gefördert werden soll in diesem Rahmen die Bereitschaft, Experten zu vertrauen, sowie die Wertschätzung der Wissenschaft »an sich«, und zwar losgelöst von Kriterien ihrer gesellschaftlichen Beherrschung und des konkreten Nachweises ihres gesellschaftlichen Nutzens (142). Die gleichen Muster finden sich auch in der Exzellenzinitiative hierzulande wieder: dafür spricht allein die Bundesliga- oder Oscar-Preisverleihungsatmosphäre, die in jeder Vergaberunde vor Bekanntgabe der

6 Nur am Rande sei erwähnt, dass hierzulande die Bertelsmann Stiftung der zentrale Think Tank zur Verbreiterung dieser Professionalitätsideologie ist. Ihr Ableger Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) treibt konsequent die hiesige Hochschulreform in diesem Sinne vorwärts.

»Sieger« zielgerichtet medial erzeugt wurde. Dies schließt Appelle an die Bürger und Studierenden der prämierten Standorte ein, sich mit »ihrer« Eliteuniversität zu identifizieren. Die marketingmäßige und rankinglistengestützte Demonstration von »Leistungsfähigkeit« ersetzt als ideologischer Effekt den tatsächlichen Nachweis des gesellschaftlichen Gebrauchswerts der jeweiligen Forschungsergebnisse.

Diese Elitenpolitik ist nicht lediglich eine technokratische Verkürzung komplexer gesellschaftlicher Fragen, sondern in jeder Hinsicht eine negative Utopie bzw. ein *sozialreaktionäres* Konzept von Herrschaftssicherung. Dessen Kern ist die Verhinderung der gesellschaftlichen Aneignung der Wissenschaft. Das elaborierte Wissen wird einer kleinen Gruppe exklusiv zur Verfügung gestellt und umgekehrt proportional der gesellschaftlichen Bewertung und Verfügbarkeit entzogen. Damit wird Wissenschaft zugleich fetischisiert und aus ihren gesellschaftlichen Produktions- und Aneignungsbedingungen herausgelöst. In Wirklichkeit ist Wissenschaft immer beides zugleich: individuelle Erkenntnistätigkeit *und* ein auf sozialer Kooperation und Überlieferung beruhendes gesellschaftliches Kollektivprodukt, ohne das erstere nicht möglich wäre. Die nach-industrielle hochtechnologische Produktionsweise fördert im Grunde diese zunehmend wissens- und wissenschaftsbasierte soziale Kooperation auf immer breiterer gesellschaftlicher Grundlage. Die soziale Verallgemeinerung wissenschaftlicher Urteilsfähigkeit im Sinne des alten Programms »Bildung für alle!« ist dadurch objektiv leichter realisierbar. Vor diesem Hintergrund erweist sich Elitenförderpolitik als eine Art Defensivstrategie zur Verhinderung dieser politischen Möglichkeit. Als geeignetes Gegenkonzept konkretisiert sich daher das alte und zu aktualisierende Programm einer *Demokratisierung der Wissenschaft*.

Literatur

- Bollenbeck, Georg, 1994: *Bildung und Kultur – Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Suhrkamp Insel Verlag Frankfurt/M
- Bultmann, Torsten, 2004: Deutschland sucht seine Elite – Konsequenzen für das künftige Hochschulsystem, in: *Arbeitshefte Nr. 105 – Zeitschrift der Juso-Hochschulgruppen* (Oktober 2004), Berlin, 16–23
- Ders., 2007: Veränderungen des Hochschulzugangs – Die aktuelle Debatte in Deutschland und ihre Hintergründe, in: S. Kuba (Hg.), *Im Klub der Auserwählten*, Erhard Loecker Verlag Wien, 75–88
- Bund-Länder-Kommission (BLK Juni 2005): Pakt für Forschung und Innovation – Beschluss vom 23.6.2005
- Bund-Länder-Kommission (BLK Juli 2005): Vereinbarung gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes (Forschungsförderung) über die Exzellenzinitiative des Bundes

- und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen – Beschluss vom 18.7.2005
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG 2007): *Förder-Ranking 2006: Institutionen – Regionen – Netzwerke*, Bonn
- Fischer, Frank, und Allen Mandel, 1994: Bildungspolitik und postindustrielle Transformation: »Excellence« als technokratische Ideologie, in: H. Sünker, D. Timmermann u. Fr.-U. Kolbe (Hg.), *Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit*, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M
- von Friedeburg, Ludwig, 1989: *Bildungsreform in Deutschland – Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M
- Hartmann, Michael, 2004: Elitehochschulen – die soziale Selektion ist entscheidend, in: *Prokla* 137, 535–550
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK 1996): Zur Finanzierung der Hochschulen, Bonn 8./9.7.1996 (Ms.)
- Holzkamp, Klaus, 1992: »Hochbegabung«: Wissenschaftlich verantwortbares Konzept oder Alltagsvorstellung?, in: *Forum Kritische Psychologie* 29, 5–29
- Liessmann, Konrad Paul, 2006: Platz für die Elite!, in: *Freitag* 21. April 2006, 17
- Lux, Vanessa 2007: Eignung und Anpassung – zur Prognostik von »Studierfähigkeitstest«, in: *Forum Wissenschaft* 4/2007, 41–44
- Markard, Morus, 1998: Begabung. Motivation. Eignung. Leistung. – Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung aus kritisch-psychologischer Sicht, in: *Forum Wissenschaft* 1/1998, 36–40
- Ders., 2005: »Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, in: *UTOPIE kreativ* 171, Januar 2005, 5–11